Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen pro 5. 7gespalt. 35mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigenannahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Mockt 24 und Große Ulrichstr. 50.

Nr. 293. Halle, Donnerstag, den 26. Juni. 1919.

Hindenburg wollte ruhmreichen Untergang

Die oberste Heeresleitung über die Entwicklung der letzten Krise. — Hindenburgs letzte Worte an das Heer. Die Regierung auf der Suche nach einem Politiker, der unterschreibt. — Die Friedensfrage in der preußischen Landesversammlung. — Stürmische Szenen.

Eine Klarstellung der Obersten Heeresleitung.

WTB. Berlin, 25. Juni. (Drahtnachricht.) Von der Obersten Heeresleitung wird folgendes mitgeteilt:

In der Nacht vom 22. zum 23. Juni um 1 Uhr morgens teilte Gesandter Radolny im Auftrage des Reichspräsidenten dem Ersten Generalquartiermeister telephonisch mit, daß die Entente unsere Vorbehalte zurückgewiesen habe. Die Oberste Heeresleitung werde um Stellungnahme zu der nunmehr geschaffenen Lage gebeten. 2,15 Uhr ist folgende Stellungnahme, von Generalfeldmarschall von Hindenburg unterschrieben, an die Regierung abgegangen:

Reichspräsident Ebert

Weimar Schloß.

Am 20. Juni ist dem Herrn Reichswehrminister folgende Erklärung übersandt worden:

Großes Hauptquartier, 17. Juni.

Wir sind bei der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten militärisch in der Lage, im Osten die Provinz Posen zurück zu erobern und unsere Grenzen zu halten. Im Westen können wir bei ernstlichem Angriff unserer Gegner angesichts der numerischen Ueberlegenheit der Entente und der Möglichkeit, uns auf beiden Flügeln zu umfassen, kaum auf Erfolg rechnen. Ein günstiger Ausgang der gesamten Operation ist daher sehr fraglich, aber ich muß als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen.

gez. Hindenburg.

Außerdem ist bei der Besprechung in Weimar am 18. 6. von allen anwesenden Kommandobehörden dem Herrn Reichswehrminister gegenüber zum Ausdruck gebracht worden, daß eine große Anzahl von Offizieren und freiwilligen Truppen einer Regierung die Dienste versagen würde, die die Schmachparagraphen annimmt. Bei dieser Kundgebung waren zugegen der preußische Kriegsminister, die Oberste Heeresleitung, das Oberkommando Nord und Süd, die Armeegruppe Below, das Generalkommando Lüttwitz, oberste Militärbefehlshaber von Bayern, Sachsen und der Chef der Admiralität. An dieser Stellungnahme der Obersten Heeresleitung hat sich seitdem nichts geändert.

gez. Hindenburg.

Am 23. 6. gegen 10,30 vormittags meldet der Verbindungsoffizier Major von Feldmann aus Weimar folgendes:

1. Der Reichswehrminister ist nach Weimar zurückgekehrt.
2. beim Reichspräsidenten Erklärung von heute nacht wiederholt, daß die Oberste Heeresleitung auf ihrem Standpunkt bestehen bleibt. Der Reichspräsident sagte darauf, daß er diese Erklärung erwartet habe und schilderte die Lage so, daß wahrscheinlich Zentrum und Sozialdemokratie die Annahme des Friedens erklären würden. Major von Gilsa erläuterte die militärische Lage dahin, daß die Truppen jedenfalls in ihren großen Massen sich der Haltung der Regierung nicht anschließen könnten und daß General von Lüttwitz die Stellung der Obersten Heeresleitung teile. Der Osten würde aber sicher den Kampf aufnehmen.
3. General von Lüttwitz hat dem Reichswehrminister Noske mitgeteilt, daß er und seine Offiziere noch nicht darüber schlüssig seien, ob es augenblicklich angezeigt sei, den Abschied zu nehmen, denn es bestände die Gefahr, daß führerlose Truppen bolschewistisch würden. Es sei aber sicher zu erwarten, daß die Masse der guten Truppen im Falle der Annahme Stellung gegen die Regierung nehmen würde. General von Lüttwitz würde es daher sehr bedauern, wenn sich diese Stellungnahme auch gegen den Minister Noske richten müßte. Kurz vor 12 Uhr mittags telephonierte der Reichspräsident den Ersten Generalquartiermeister persönlich an und teilte ihm mit ähnlichen Worten mit, daß Zentrum und Sozialdemokraten sich wahrscheinlich für die Annahme erklären würden. Er hat nochmals um Auskunft, welche Stellung die Truppen dazu nehmen würden. Man befürchtete nach einer Mitteilung des Generals von Lüttwitz an den Reichswehrminister Revolten. Auf diese Frage erfolgte um 12 Uhr mittags die nachstehende Antwort des Ersten Generalquartiermeisters, nicht in seiner dienstlichen Eigenschaft, sondern, wie er ausdrücklich erklärte, als Deutscher, der die Gesamtlage überblickt:

Er sei verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß ein Kampf nach vorübergehenden Erfolgen im Osten im Enderfolg aussichtslos sei und daß nur, wenn Noske in einem öffentlichen Aufruf die Notwendigkeit des Friedensschlusses darlege und von jedem Offizier und Soldaten verlangen würde, daß er auch bei der Unterzeichnung des Friedens im Interesse der Rettung unseres Vaterlandes auf seinem Posten bleiben und seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem Vaterlande tue, Aussicht bestehe, daß das Militär sich hinter ihn (Noske) stellen und damit jede Umsturzbewegung im Innern sowie Kampf nach außen im Osten verhindern würde.

Weitere Schritte der Obersten Heeresleitung sind in der Friedensfrage nicht getan worden.

Hindenburg legt den Oberbefehl nieder.

WTB. Kolberg, 25. Juni. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an den Reichspräsidenten folgende Drahtung gerichtet:

„Herr Reichspräsident! Auf mein Schreiben vom 1. Mai haben Sie mir Zustimmung dazu erteilt, daß ich mich nach Unterzeichnung des Friedens ins Privatleben zurückziehe. Ich lege deshalb nunmehr den Oberbefehl nieder. Dem preußischen Kriegsminister habe ich eine Abschrift dieses Telegramms zugehen lassen.

gez. von Hindenburg."

Gröner bleibt einstweilen.

WTB. Berlin, 25. Juni. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat unter Berufung auf die bereits am 1. Mai erteilte Zustimmung des Reichspräsidenten den Oberbefehl niedergelegt. General Gröner drahtete an den Reichspräsidenten, daß er ebenfalls den Wunsch hege, aus seiner Stelle zu scheiden, im Interesse der Sache und auf Grund des Appells der Nationalversammlung jedoch bereit sei, bis zur endgültigen Regelung der militärischen Verhältnisse im Osten auf seinem Posten zu verharren.

Grönerts Brief an Ebert.

WTB. Kolberg, 25. Juni. General Gröner hat an den Reichspräsidenten nachstehende Drahtung gerichtet:

„Nachdem Generalfeldmarschall von Hindenburg den Oberbefehl niedergelegt hat, sehe ich mich veranlaßt, Ihnen, Herr Reichspräsident nachstehendes vorzutragen.

Ich habe als Vertreter der Obersten Heeresleitung bei der Besprechung in Weimar am 19. Juni erklärt, daß für den Fall der Annahme des Schmähparagraphen ein großer Teil von Offizieren und Truppen der Regierung nicht weiter dienen würden. Dasselbe ist nochmals in einem Telegramm der Obersten Heeresleitung in der Nacht zum 23. d. M. ausgedrückt worden. Besonders Sie, Herr Reichspräsident, werden mir nachempfinden, daß ich unter diesen Umständen, nach bedingungsloser Annahme des Friedensvertrages, wünsche, aus meiner Stellung zu scheiden.

Im Interesse der Sache und auf Grund des Appells der Nationalversammlung bin ich jedoch bereit, bis zur endgültigen Regelung der militärischen Verhältnisse im Osten auf meinem Posten zu verharren.

Hindenburgs Abschieds-Kundgebung.

WTB. Kolberg, 25. Juni. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat folgende Abschiedskundgebung an seine Truppen gerichtet:

„Soldaten! Ich habe mich seinerzeit der Regierung gegenüber dahin ausgesprochen, daß ich als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen muß. Diese Erklärung bin ich euch schuldig. Nachdem ich schon früher meine Absicht kundgetan habe, nach erfolgter Friedensentscheidung wieder in den Ruhestand zurückzutreten, lege ich nunmehr den Oberbefehl nieder. Ich gedenke bei meinem Scheiden vor allem bewegten Herzens der langen Jahre, in denen ich drei königlichen und kaiserlichen Kriegsherren dienen durfte.

Zeiten stiller und unermüdlicher Friedensarbeit folgten Aufstiege. Große Siege und zähes Ausharren stehen mir dabei vor Augen. Ich gedenke, wenn auch mit tiefem Schmerz, der traurigen Tage des Zusammenbruches unseres Vaterlandes. Die hingebende Treue und das Vertrauen, mit denen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften neben mir standen, waren mir ein Lichtblick in dieser namenlos schweren Zeit. Dafür gebührt euch allen, darunter nicht zuletzt den Freiwilligenverbänden, die unentwegt die Wacht an der Ostfront erhalten haben, unauslöschlicher Dank.

Mit diesem Dank verbinde ich aber noch eine Bitte für die Zukunft. Wie der Einzelne bei sich über die Geschehnisse der letzten Tage denkt, ist seine Sache. Für sein Handeln darf es aber nur eine Richtschnur geben,

das Wohl des Vaterlandes.

Noch steht unser Volkstum in schwerer Gefahr. Die Möglichkeit, die innere Ruhe zu wahren und zu fruchtbringender Arbeit zu gelangen, hängt wesentlich von der Festigkeit unserer Wehrmacht ab. Diese Festigkeit zu erhalten, ist daher unsere erste Pflicht. Die persönlichen Anschauungen, so schwer es euch auch fallen mag, müssen zurückgestellt werden. Nur durch solche einmütige Arbeit kann es mit Gottes Hilfe gelingen, unser armes deutsches Vaterland aus tiefster Erniedrigung wieder besseren Zeiten entgegenzuführen.

Lebt wohl. Ich werde euch nie vergessen

gez. Hindenburg."

Aufruf an die Marine.

WTB. Berlin, 25. Juni. (Drahtnachricht.) Amtlich wird gemeldet: Der Chef der Admiralität hat folgenden Erlaß an die Marine gerichtet:

An die Marine!

Sicherheit und Einigkeit des Reiches fordern als höchstes Gebot in dieser schweren Zeit, daß jeder auf seinem Posten bleibt, solange das Vaterland ihn braucht. Ich erwarte daher, daß die Marine unter meiner Führung ihren Dienst weiter tut. Unerschütterlich aber lebt in uns die Ueberzeugung, daß die Schmachparagraphen der Friedensbedingungen mit der Soldatenehre unvereinbar sind.

von Trotha, Chef der Admiralität.

Immer noch ein Unterzeichner gesucht.

Berlin, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Mitglieder der Reichsregierung werden, wie wir hören, hier erwartet. Nach ihrer Ankunft in Berlin werden sie zu einer Kabinettssitzung zusammentreten. Gegenstand der Beratungen wird die Frage sein, wer von der Reichsregierung mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages beauftragt werden soll. Der Ministerpräsident wird in dieser Sitzung die Persönlichkeiten namhaft machen, durch die die Unterschrift des Vertrages in Versailles erfolgen soll. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dem Wunsche der Entente, daß die Unterzeichnung durch eine rangleiche Persönlichkeit geschieht, Rechnung getragen werden. Voraussichtlich wird sich ein Mitglied der Reichsregierung persönlich nach Versailles begeben, um zu unterzeichnen. Wer von den Reichsministern unterschreiben wird, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen. (Matthias Erzberger gebührt diese Ehre! Die Redaktion.)

Erzberger will auch nicht unterschreiben.

WTB. Berlin, 25. Juni. Laut „B. T." lehnt auch der neue Minister des Aeußern Hermann Müller ab, den Friedensvertrag zu unterschreiben. Ebensowenig ist Erzberger bereit, seinen Namen auf das Dokument zu setzen. Nachmittags findet eine Kabinettssitzung statt, in der man versuchen wird, eine geeignete willige Persönlichkeit ausfindig zu machen.

Preußische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 25. Juni. Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 30. Auf der Tagesordnung steht eine förmliche Anfrage Adolf Hoffmann (U. S.) über die

Stellung der preußischen Regierung und der Landesversammlung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Abg. Adolf Hoffmann (U. S.): Wie kann die preußische Regierung, dazu im Staatenausschuß, gegen die Unterzeichnung des Friedens Stellung nehmen, ohne sich vorher über die Stellung der Landesversammlung unterrichtet zu haben? Welche Folgerungen gedenkt die Regierung zu ziehen. Der

Friedensvertrag ist ebenso halsabschneiderisch

wie der von Brest-Litowsk und der von Bukarest. Darüber sind wir uns alle einig. Die Zustände im Innern haben mit dazu beigetragen, daß uns ein solcher Vertrag vorgelegt wurde. Wir haben

das allergrößte Mißtrauen gegen diese Regierung.

Sie können sich nicht wundern, daß das Proletariat selbst die Gewalt in die Hand nimmt, um endlich jetzt einmal Ordnung zu schaffen. (Lachen.) Nur die schleunige Sozialisierung kann uns retten.

Ministerpräsident Hirsch: Wir haben uns nicht nur aus eigener Ueberzeugung, sondern auch in der Erfüllung des von der Landesversammlung erteilten Auftrages

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190626017/fragment/page=0001

gegen die Unterzeichnung des Friedens

ausgesprochen. (Sehr richtig!) Wenn wir bei der Entente nicht mehr erreicht haben, so sind die Unabhängigen in erster Reihe daran schuld. Von Demokratie soll keiner reden, der alle Gewalt den Arbeiter- und Soldatenräten geben will. Das ist

nicht Demokratie, sondern Diktatur.

(Lärm der U. S.) Und wir haben den Mut, zu erklären, daß wir auch die Diktatur des Proletariats bekämpfen. (Beifall.) Wir haben uns übrigens nicht im Staatenausschuß gegen die Unterzeichnung ausgesprochen — dieser hatte sich mit der Frage gar nicht zu befassen —, sondern in einer Konferenz, und zwar im Gegensatz zu den meisten anderen Freistaaten. Wir haben die Landesversammlung nicht erneut befragt, denn wir konnten nicht annehmen, daß die Meinung sich geändert hat. Als ich von Weimar nach Berlin zurückkam, hatte ich zunächst die Absicht, dem Präsidenten der Landesversammlung

ein Entlassungsgesuch der ganzen Regierung

zu unterbreiten. Als ich aber die Einbringung dieser Anfrage las, habe ich davon noch abgesehen, weil uns sicher sonst die Unabhängigen den Vorwurf gemacht hätten, wir wären einander aus dem Wege gegangen. Welche Folgerungen wir ziehen werden, wird schließlich von der Debatte des Hauses abhängen. Für uns gibt es nur ein Ziel, das Wohl unseres unglücklichen Vaterlandes. Nur wenn die Regierung sicher ist, daß die Gesamtheit des Volkes hinter ihr steht, kann sie ihre gewiß nicht leichte Aufgabe erfüllen. (Beifall.)

Kriegsminister **Reinhardt**: Der preußische Staat wird am grausamsten gebrandschatzt. Ich habe daher bis zum letzten

gegen diesen innerlich unsittlichen und unerfüllbaren Vertrag

gekämpft. Die Arbeit kann nur geleistet werden, wenn der Zusammenschluß von Heer und Volk wieder ganz fest gekittet wird. Unser gemeinsames Ziel ist die Größe unseres Vaterlandes. Dank den gefallenen Helden. Dank auch unseren Führern, insbesondere unserem Marschall Hindenburg. (Beifall.)

Das Haus tritt in die Besprechung der Antwort ein.

Abg. **von Kardorff**: Wir sind nicht in der Lage, der Regierung ein allgemeines Vertrauensvotum auszustellen. Auch wir sind der Meinung, daß die Regierung die Landesversammlung nochmals befragen mußte.

Der unerträgliche Friedensvertrag

ist nur die Konsequenz des 9. November. (Unruhe bei den Soz.) Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß wir noch einmal zu einem Reiche kommen, das alle deutschen Brüder, auch die Oesterreichs, umschließt.

Abg. **Herold** (Ztr.): Wir sind durch die Unterschrift der übermächtigen Gewalt gewichen. Die Ehre des deutschen Volkes bleibt davon unberührt. Nicht aber die Ehre der Nationen, die uns diesen Frieden auferlegt haben. Wir glauben, durch unsere Haltung den Interessen des Vaterlandes am besten gedient zu haben.

Abg. **Dr. von Krause** (D. Vpt.): Wäre unser Volk einig gewesen, so wäre der Friede wohl besser ausgefallen.

Minister **Heine**: Es ist beklagenswert, daß diese Stunde uns nicht einig und geschlossen findet. Aus dem Streben nach einem besseren Frieden konnte nichts werden,

weil die Freunde des Herrn Hoffmann uns an die Feinde verraten

haben. (Lärm bei den Unabh.) Auch die Art, wie die Rechte gegen die Regierung polemisiert, zeigt, daß es ihr um die positive Arbeit nicht zu tun ist. (Lärm rechts; der Abg. Hoffmann (Unabh.) erhält für den Zwischenruf „Zuhälterrede" einen Ordnungsruf.) Ich bitte auch die Rechte: unterstützen Sie die Regierung. Wenn alle einig sind, die ihr Vaterland lieben, dann werden wir über die Not hinwegkommen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Dr. Friedberg** (Dem.): Die überwiegende Mehrheit meiner Freunde in diesem Hause würde auch jetzt, wenn sie zu bestimmen hätten,

die Unterschrift unter den Friedensvertrag verweigern.

Aber auch die gegenteilige Ueberzeugung wird von uns geachtet. Der Regierung sprechen wir gern unser Vertrauen aus. Wir billigen aber auch vollkommen die Haltung der demokratischen Partei in der deutschen Nationalversammlung. (Beifall.)

Abg. **Dr. Cohen** (U. S.): Auch in diesem Hause wäre eine Mehrheit für die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorhanden gewesen. Der Ministerpräsident hat nur deshalb das Haus nicht befragt, um diese Feststellung zu vermeiden.

Donnerstag 12 Uhr: Fortsetzung.

Schluß 7½ Uhr.

Das spartakistische Treiben im Osten.

WTB. **Kattowitz**, 25. Juni. Von der Pressestelle des Staatskommissariats wird geschrieben: „In Deutschlands schwerster Schicksalsstunde halten es Spartakisten und Kommunisten wieder für angebracht, durch Anzettelung von Unruhen und Streiks ihr seit Januar eingesetztes unbesonnenes Treiben auf eine Höhe zu bringen, die unerhört ist.

In Oberschlesien wird mit dem Generalstreikgedanken gespielt.

Andernorts sind bereits Unruhen ausgebrochen. All dieses Treiben hat nur den Zweck, diese schwere Stunde der Regierung auszunutzen, um einem spartakistisch-kommunistischen Putsch Vorschub zu leisten. Deutschland, das, aus tausend Wunden blutend, von seinen Feinden erbarmungslos gewürgt wird, wird

aus rein parteipolitischem, verbohrtem Machtkitzel

völlig zu ruinieren und zum Spielball unserer Feinde zu machen gesucht."

Gegenüber diesem Treiben, gegen das kein Wort der Verurteilung scharf genug ist, erklärt Reichs- und Staatskommissar Hörsing, daß das in Oberschlesien zusammengezogene Militär lediglich die Aufgabe hat, die Grenzen vor dem Ueberschreiten der feindlichen Heeresmacht solange zu schützen, bis die Ratifizierung des Vertrages verbürgt ist. Die besonnene Bevölkerung, namentlich die organisierte Arbeiterschaft, ersucht Reichs- und Staatskommissar Hörsing, gegen alle diese Hetzereien, die jetzt

Unruhen und weiteres Elend heraufzubeschwören

gedenken, energisch Front zu machen, gleichgültig ob diese Handlungen von spartakistischer Seite kommen, oder von Reaktionären, die sich an dem Treiben beteiligen, und die auf ihnen lastende Schuld an dem Deutschland so schwer darniederschlagenden Frieden von sich abzuwälzen.

Ausdehnung des Breslauer Eisenbahnerstreiks.

Breslau, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) **Der Breslauer Eisenbahnerstreik hat sich auf den ganzen Direktionsbezirk Breslau ausgedehnt. Sämtliche unteren und mittleren Beamten erklärten sich mit den Arbeitern solidarisch und traten ebenfalls in den Streik. Etwa 7000 Reisende, die in Breslau zurückbleiben mußten, sollen im Laufe des Tages mit besonderen Zügen abtransportiert werden.**

Die Grenzen im Osten.

WTB. **Berlin**, 25. Juni. Nach der dem endgültigen Friedensvertrag beigelegten amtlichen Karte sind an dem Verlauf der Ostgrenze Deutschlands die nachstehenden Aenderungen vorgenommen worden. Die Ostgrenze geht an der Ostsee an der Pissatis-Mündung ein, läuft durch den Zarnowitzer See und erreicht südwestlich Warschau die pommerisch-westpreußische Grenze, der sie bis westlich Adl. Briesen südwestlich Bütow folgt. Von hier geht die Grenze nach Südwesten, so daß Groß-Peterlau, Steinort, Neugutth und Sanwohl bei Deutschland bleiben, Kelnin und Komatzin an Polen fallen. Dem Flußlauf der Brahe nach Osten folgend, wird die im ersten Vertrag festgelegte Grenze nördlich Konitz erreicht. Wiesenau bleibt bei Deutschland, Konitz fällt an Polen. Südlich Konitz verläßt die Grenzlinie eine andere Richtung derart, daß die Bahnlinie Konitz-Flatow-Krojanke-Schneidemühl bei Deutschland bleibt. Die Grenze überschreitet diese Bahnlinie bei Jenznick südlich Konitz und verläuft so, daß die Orte Grunau, Boc, Bat row, Calskowo und Groß-Butzig bei Deutschland bleiben und der Nizza-Fluß später, wie bisher die westpreußisch-polnische Grenze, bis zum Nakunter-See westlich Stabren die Grenze bildet. Von hier zieht sich die Grenze in gerader südwestlich gerichteter Linie nach der Einmündung der Küddow in die Netze nördlich Uich, das an Polen fällt. Sie folgt der Netze bis zur brandenburgischen Grenze südlich Kreuz, wobei Czarnikau und Filehne an Polen fallen, schließt sich im weiteren Verlaufe nach Süden dem ersten Vertragsentwurf an bis an dem Punkte, wo die schlesische Grenze östlich Albersdorf erreicht wird, und folgt nunmehr der alten polnisch-schlesischen Grenze derart, daß der schlesische Zipfel nordöstlich Tschirnau und die ganze Bahnlinie Lissa—Rawitsch an Polen fällt. Im übrigen bleiben die schlesischen Kreise Guhrau und Militsch bei Deutschland. Bei dem Orte Bodaj westlich Adelnau greift die Grenze wieder in schlesisches Gebiet ein, herausfallend die Orte Modzenowe, Johannisdorf, Konradau, Ischechen, Nietken, Rapdine, Schreibersdorf, Groß-Kokel, Schleth und Kunzendorf an Polen fallen, während Neumittelwalde und Groß-Wartenberg bei Deutschland bleiben, desgleichen bleiben bei Deutschland Reisewitz, Dalbersdorf, Kaulwitz, Lorzendorf, Strelitz, Eckersdorf und Schwitz, während Kunzendorf, Trembatschau und Reichthal an Polen fallen. Südlich Schwitz folgt die Grenze des oberschlesischen Gebiete der alten, in dem ersten Vertrage festgelegten Linie.

„Macht euch bereit für den Entscheidungskampf!"

Die Deutsche Vereinigung, gezeichnet Cleinow, veröffentlicht nach einer Thorner Meldung der „Tägl. Rdsch." folgenden Aufruf:

Deutsche Landsleute! Unter dem Eindruck der Kämpfe um die Ministersitzel finden sich Greise und Persönlichkeiten, die euch einreden wollen, daß es keinen anderen Ausweg für uns gebe, als Unterwerfung. Behaltet unser altes Wort im Gedächtnis: Die Heimat ist uns erst verloren, wenn wir sie selbst preisgeben, und dann: Wer einen Kontrakt unterzeichnet, den er gar nicht halten kann, ist ein Lump. Wir Deutsche wollen ehrlich bleiben, daraus folgt: Macht euch bereit für den Entscheidungskampf!

Dem Kampfe entsagen!

Ein Aufruf der drei östlichen Oberpräsidenten.

WTB. **Danzig**, 25. Juni. Die drei Oberpräsidenten der preußischen Ostprovinzen haben an die Bevölkerung Ostpreußens, Westpreußens und Posens eine Kundgebung gerichtet, in der sie dem tiefsten Schmerze über die bedingungslose Annahme der feindlichen Friedensbedingungen Ausdruck geben. Weiter aber heißt es darin: „Ständen die Ostmarken allein, so wäre es der gegebene Weg, mit den Waffen Selbstbestimmungsrecht und Ehre zu wahren. Wir dürfen aber die Regierung an der Einlösung des einmal den Feinden gegebenen Wortes nicht hindern. Die Rücksicht auf unsere Volksgenossen im Reiche, welche die Folgen solchen Vorgehens mit zu tragen hätten, legt uns die schwere Pflicht auf, dem Kampfe zu entsagen und uns der getroffenen Entscheidung zu beugen."

Polnische Märchen.

Basel, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Neue Korrespondenz erfährt aus sicherer Quelle aus Warschau, die Deutschen seien entschlossen, von Oberschlesien aus gegen die polnische Armee vorzugehen. Deutsche Agenten, die in Czenstochau verhaftet wurden, verhehlen nicht, daß die deutschen Behörden alle Maßnahmen getroffen hätten, um diese Offensive ins Werk zu setzen, die in den nächsten Tagen beginnen und den Charakter einer Volkserhebung annehmen soll.

Die Neue Korrespondenz meldet aus Paris: Polnische Offiziere erklären, die polnische Armee stehe in Wirklichkeit unter dem Oberbefehl Fochs.

Scheidemann in der Schweiz.

Berlin, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der ehemalige Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann hat sich, wie wir hören, Sonntag abend in die Schweiz begeben, wo er mehrere Wochen zur Erholung bleiben wird.

Die Hamburger Börse sollte in Brand gesteckt werden.

WTB. Hamburg, 25. Juni. Der gestern abend gemachte Versuch, das Börsengebäude in Brand zu stecken, führte nur zu kleinen Schwelbränden herbei, das bald gelöscht wurde, obgleich die Menge die Feuerwehrautomobile nicht heranlassen wollte. Auch am heutigen Mittwochmorgen dauern die Schießereien zu Flintenschüsse wechseln mit Handgranatendetonationen. Ueber die Zahl der Verwundeten und Toten ist nichts Bestimmtes zu erfahren. Man schätzt sie auf 6—12 Tote und 30 Schwerverletzte.

Stundenlange Gewehr- und Granatenkämpfe in Hamburg.

Hamburg, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) **Nach stundenlangem heftigen Gewehr- und Granatenkämpfen trat um 1 Uhr eine gewisse Beruhigung ein. Es finden jetzt Verhandlungen zwischen Spartakisten**

Die beiden Wildtauben.

Roman aus dem Försterleben von Richard Stowronnek.

5. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Ein andermal aber wiederum ergingen sie sich in allerhand phantastischen Träumen. Der Postwagen hielt auf der Landstraße, der Postillion blies ein lustiges Stücklein, und zwei elegante junge Männer stiegen aus, zwei von ihren Tänzern auf dem Mobiltätigkeitsfeste, Offiziere oder Referendare; kamen den Weg an der Insier entlang geschritten und verlangten den Herrn Förster Mierau zu sprechen! Nach einer Weile aber ließ sie der Vater in sein Zimmer rufen, stand am Schreibtische und sagte mir vor Rührung halb erstickter Stimme: „Meine lieben Kinder, hier diese beiden jungen Herren haben um eure Hand angehalten, und wenn das Trauerjahr herum ist, soll die Doppelhochzeit sein!"

Das redeten sie sich so oft vor, daß sie zuletzt ganz fest glaubten, und zuweilen, beim Aufstehen, wenn im ersten Morgengrauen die alte Jirginne mit hartem Knöchel an die Tür ihres Mädchenzimmers pochte, sagte die eine zur anderen: „Du, paß auf, heute trifft's sicher ein. Ich hab' von einem ganz klaren und durchsichtigen Wasser getrunken!" oder von irgend etwas anderem, dem im Traumbuche eine glückverheißende Bedeutung zugeschrieben war . . .

Und weshalb in aller Welt sollte sich nicht eines Tages verwirklichen, was sie in wachenden und schlafenden Träumen ersehnten? Daß sie damals auf die gesamte junge Männerwelt einen geradezu unauslöschlichen Eindruck gemacht hatten, stand fest und war über jeden Zweifel erhaben. Der Leutnant von Jürsen zum Beispiel hatte der Aelteren während des Tanzens wörtlich folgendes zugeraunt: „Sie tanzen wirklich geradezu göttlich, mein gnädiges Fräulein, und mit Ihnen möchte man in der Tat durchs ganze Leben schweben!" Damals hatte sie nur verschämt gesacht und nichts weiter erwidert als: „Sie übertreiben, Herr Leutnant!" Heute aber war sie doch geneigt, hinter diesen Worten etwas mehr zu suchen als ein bloßes und gewöhnliches Tanzstundenkompliment. Und zu Lisbeth hatte während desselben Tanzes der Regierungsreferendar von Odeslah gesagt — Adolbert von Odeslah aus dem Hause Gollnitz —: „Nein, Ihre Augen, gnädiges Fräulein! Wie ein Paar Kornblumen! Und wer doch da ewig hineinschauen könnte!"

Das waren nur ein paar der vielen an jenem unvergeßlichen Abend gehörten Komplimente, die sie so aufs Geratewohl aus ihren Erinnerungen herausgriffen; fast alle ihre Tänzer hatten, wenn auch mit anderen Worten, Aehnliches gesagt. Also weshalb sollte da nicht der eine oder andere ihrer Verehrer auf den Gedanken kommen, diese Worte in die Wirklichkeit zu übersetzen? Zuerst vermißte man sie, fragte, wo sind denn unsere beiden Wildtauben geblieben? und wenn man ihr trauriges Schicksal erfuhr, mochte man sich auf, sie zu suchen! Zudem, das wußten sie genau, und so praktisch dachten sie bei allem romantischen Idealismus: Von ihrer Großmutter, der verwitweten Frau Forstmeister von Berkenthien, die steinalt in Königsberg lebte, hatten sie einmal ein großes Vermögen zu erben. Wettaus mehr als die übliche Kommißzulage, und wenn bei dem Heiratskonsens nur gehörig hervorgehoben würde, daß sie die Enkelkinder des verstorbenen Herrn Forstmeisters von Berkenthien auf Skledehnen wären, wurde auch wohl ausnahmsweise darüber hinweggesehen, daß ihr Vater nur ein simpler preußischer Förster war.

So träumten und phantasierten die beiden überspannten jungen Dinger sich eine erdichtete Märchenwelt zusammen und kamen sich vor wie zwei verwunschene Prinzessinnen in einem verzauberten Schloß. Die beiden Prinzen, die sie erlösten, würden schon kommen! In solcher Stimmung aber verfaßten sie wiederum lange Briefe an ihre Gumbinner Pensionsfreundinnen und häuften Frage auf Frage. Wie es dem ginge und dem, ob dieser mal wieder von ihnen gesprochen hätte oder jener, und die Freundinnen möchten nur alles ganz genau und ausführlich beantworten, denn für die „armen eingesperrten Wildtauben" wäre jedes Wörtlein von Interesse! Und zu Anfang waren diese Briefe auch erwidert worden, allmählich aber kamen die Antworten immer spärlicher. Zuletzt nur noch einige Verlobungsanzeigen, auf denen auch ihre beiden Hauptverehrer, der Leutnant von Jürsen und der Regierungsreferendar Adalbert von Odeslah figurierten — mit zwei nichtssagenden Gänschen hatten sich die beiden verlobt, der Else Grewitz, die eine schiefe Schulter hatte, und der sommersprossigen Käthe Dollow, die beim ersten Sonnenstrahl buntgesprenkelt aussah wie ein Kaffeetuten! — und da fingen die beiden jungen Mädchen an zu begreifen, daß man sie in Gumbinnen doch wohl vergessen hatte! . . .

Das Letzte aber, woran sich ihre Hoffnungen nach klammerten, zerstörte ihnen der eigene Vater. Er war unfreiwillig Zeuge eines ihrer töricht-überschwenglichen Zwiegespräche geworden und stellte sie auf dem Flecke.

„Das Vermögen, von dem ihr phantasiert, liegt im Monde. Es war einmal vorhanden, vor sechs Jahren noch, aber da hat es euer Großvater darangegeben, um Unterschlüsse zu decken, die sein Forstkassenrendant begangen hatte. Er hatte diesem Menschen blindlings vertraut, und der ging hin und verkaufte im Einverständnis mit noch zwei anderen Schweinehunden, die leider Gottes auch den grünen Rock trugen, für mehr als achtzigtausend Taler Holz, ohne diese Beträge zu buchen. Als aber euer Großvater durch einen Zufall dahinterkam, fuhr er auf die Regierung, ließ sich beim Herrn Oberforstmeister melden und bat um seinen Abschied. Zugleich aber nahm er sein ganzes Vermögen mit, Wertpapiere und Hypotheken, und sagte: ‚Herr Oberforstmeister, es langt nicht ganz, ein paar hundert Taler fehlen an der Summe, die der preußische Staat durch meine Nachlässigkeit verloren hat, aber die können mir noch und nach von meiner Pension abgezogen werden.' Da schüttelte der Herr Oberforstmeister eurem Großvater die Hand und sagte: ‚Bravo, mein lieber alter Freund, so handelt ein altpreußischer Beamter!' Ihr beide aber seid in diesem Augenblick arm geworden wie ein paar Mäuse im Schulmeisterhause. Das wollte eure Mutter euch auseinandersetzen, wenn ihr das Institut verlassen hättet; es tut mir leid, daß es nicht schon früher geschehen ist. Sie konnte freilich nicht wissen, daß ihr euch solche Flausen in den Kopf setzen würdet von Referendaren, Leutnants und dergleichen. Also lernt euch endlich damit abfinden, daß ihr nichts weiter seid als ein paar ganz gewöhnliche Försterskinder! Hübsch und gebildet, aber nicht einen Groschen im Vermögen, denn was ich hier in Bagdohnen erwirtschaftete, ist für eure Erziehung draufgegangen. Und nun Schluß, ein für allemal! Legt nicht an alles hier immer euren überspannten Institutsmaßstab, sondern schickt euch in das Leben. Hier in der Waldeinsamkeit gibt's auch allerhand Freuden, man muß sie nur zu suchen verstehen!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190626017/fragment/page=0002

und Regierungstruppen statt. Die Bahnhöfe sind von Spartakisten besetzt, und um die Ankunft auswärtiger Truppen zu verhindern, sind die Gleise bis zur Elbbrücke und auch in den anderen Richtungen aufgerissen.

Eisenbahnerstreik in Berlin!

WTB. Berlin, 25. Juni. Zum Eisenbahnerstreik meldet die „Voss. Ztg.": Die Arbeiter der Haupt- und Betriebswerkstätten Grunewald haben die Arbeit niedergelegt. Es sind dies etwa 3—4000 Mann. Dagegen haben auf den Bahnhöfen Richter-Schöneweide und Neukölln die gestern ausständigen Arbeiter heute die Arbeit wieder aufgenommen. Auf den Berliner Fernbahnhöfen ist mit Ausnahme des Görlitzer Bahnhofes der Zugverkehr fahrplanmäßig. Die unteren und mittleren Eisenbahnbeamten, sowie auch der größte Teil der Arbeiter in den Hauptwerkstätten stehen dem Streik ablehnend gegenüber. Die Streikenden verlangen Beseitigung aller Ueberstunden über die normale Arbeitszeit von 48 Stunden wöchentlich, volles Mitbestimmungsrecht in jedem Zweige der Verwaltung, Einführung des Räte-Systems, Anerkennung des sogenannten Zentralrates. Ferner wird die Erreichung des höchsten Lohnes mit dem 24. Lebensjahre verlangt. Das Einkommen eines Eisenbahnarbeiters beträgt jetzt rund 6200 Mark. Es würde künftig 9000 Mark betragen. Die Erfüllung der Forderungen würde eine Mehrausgabe von rund 2½ Milliarden Mark bedeuten.

Heimkehr von Gefangenen aus Japan.

WTB. Berlin, 25. Juni. Gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages wird voraussichtlich in nächster Zeit seitens des Reichsmarineamts eine Kommission nach Japan entsandt werden, um die dort zum Kriegsgefangenen zu übernehmen und heimzubefördern. Die Kommission wird briefliche Mitteilungen an die Gefangenen und Internierten mitnehmen. Solche Briefe sind bis zum 5. Juli an das Reichsmarineamt, Japan-Kommission, Berlin W. 10, Königin-Augusta-Straße 34/42 zu übersenden.

Eine Kommunistenkolonie ausgehoben.

WTB. Berlin, 25. Juni. Der „Berl. Lok.-Anz." meldet aus München: In Wunsiedburg bei Augsburg wurde eine große Kolonie von Kommunisten ausgehoben, die mit einigen Frauen unter dem Deckmantel naturgemäßer Lebensführung sich zusammengetan und Schußwaffen und Munition in Mengen bei sich hatten. Der Zuzug aus allen Teilen Deutschlands nach dieser Kolonie war sehr rege. Unter den Verhafteten ist der vorige Woche erst vom Standgericht wegen Hochverrats zu anderthalb Jahren Festung verurteilte Wildhauer Mühlhauer, der während der Pöbelherrschaft Vorsitzender des Revolutionstribunals und auch mit der revolutionären Umgestaltung der Akademie der bildenden Künste beauftragt war. Ferner ist der Kommunist Weigel verhaftet worden, der während der Pöbelherrschaft Strafkommissar für die Ernährung war.

Paris will deutsche Putsche „verbieten".

Basel, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Die Meldungen aus Deutschland, wonach die Regierung mit neuen Putschversuchen der radikalen Elemente rechnet, werden hier sehr aufmerksam verfolgt. Besonderes Aufsehen erregt die Meldung von dem bevorstehenden Eisenbahnerstreik. Man erwägt bereits die Möglichkeit, in einer Note von der deutschen Regierung zu verlangen, daß sie mit aller Energie solche Putsche im Keime erstickt, da sie die Ausführbarkeit der im Friedensvertrage übernommenen Verpflichtungen stark gefährden.

Ein deutscher Verräter in der dänischen Regierung.

Kopenhagen, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der frühere deutsche Reichstagsabgeordnete, Vertreter der Dänen Nordschleswigs im Reichstage, Hansen, ist in die Dänische Regierung eingetreten und zum Minister ohne Portefeuille ernannt worden.

Die große Schuldfrage.

WTB. Kopenhagen, 25. Juni. Unter dem Titel „Die große Schuldfrage" schreibt „Politiken" u. a.: Es wird wohl kaum von einer Seite bestritten werden, daß der Umstand, daß Deutschland sich im Friedensvertrag für den Schuldigen erklärt hat, gar nichts bewirkt. Die Deutschen sind weder mehr noch weniger schuldig, weil es ihnen nicht gelungen ist, die sogenannten Ehrenparagraphen zu streichen. Das allgemeine Rechtsgefühl in allen Ländern wird sagen, daß ein erzwungenes Zugeständnis keinen Wert hat. Ein Prozeß, der auf Grundlage von Akten aus den Archiven der Außenministerien Europas und von Zeugenaussagen von Persönlichkeiten, die zu dieser Zeit den Ereignissen nahestanden, auf die Feststellung der Schuldfrage hinauslaufen soll, würde einen riesenhaften Umfang erhalten, selbst wenn man die Untersuchung auf die Ereignisse beschränkt, die ihren Ausgang vom Serajewoer Mord nehmen, und die vorausgehende weltpolitische Entwicklung außer acht läßt. Ob dieser Prozeß zur Bestrafung von irgend jemand führen kann, ist stark umstritten, selbst in den Ententeländern, wo man erklärt, daß man, solange man den Zustand aufrechterhält, daß der Staat das Recht hat, Kriege zu erklären, denjenigen, der einen Krieg entfacht, wohl moralisch verurteilen, aber nicht bestrafen kann. Die Frage der Bestrafung ist indes weniger wichtig. Die Aufklärung ist das Wichtigste. Ob der Augenblick schon gekommen ist, wo leidenschaftslos festgestellt werden kann, in welchem Umfange die eine der kriegführenden Parteien schuldig ist, muß dahingestellt. Wenn aber der Prozeß mit dem ehrlichen Willen, die Wahrheit zu finden, geführt wird, so wird er dazu beitragen, viele Mißverständnisse zu beseitigen, und dadurch ein Mittel in der Versöhnungsarbeit werden. Nur muß die Untersuchung nicht von Haß- und Rachegefühlen, sondern von wahrer Gerechtigkeit getragen sein.

Die steigenden Ausgaben der Tschecho-Slovaken.

WTB. Prag, 25. Juni. In der Nationalversammlung machte Finanzminister Dr. Radin auf das schnelle Steigen der Ausgaben aufmerksam, die sechs Milliarden betragen, also zweimal so viel als das frühere Friedensbudget ganz Oesterreichs. Die letzte Budgeterhöhung hänge mit dem großen nationalen Unglück, dem Einfall der Magyaren, zusammen. Den Fehlbetrag will die Regierung auf zweierlei Weise decken, fordert aber auch die Ermächtigung, ihm durch einen Kredit decken zu können. Außerdem würden Steuerentwürfe zu seiner Deckung vorgelegt. Der Minister erklärte, der Haushalt rechne nicht damit, wieviel Zinsen der ehemaligen österreichischen Schulden, und daß überhaupt Kriegsanleihen und Kriegsschulden zu zahlen seien, auch nicht mit Zahlungen in den Kriegsfonds. Und dabei glaube er, daß die finanziellen Friedensbedingungen mit Oesterreich durchaus nicht günstig ausfallen würden. Der Staat werde zwar nicht verpflichtet sein, Kriegsschulden überhaupt zu zahlen, aber auch kein anderer Staat werde dazu verpflichtet sein, sondern alle Kriegsanleihen würden eigentlich ohne Schuldner dastehen. Daneben aber werde der Staat einen gewissen Betrag zum gemeinsamen Fonds der alliierten und assoziierten Mächte für die Deckung der Befreiungsauslagen beitragen müssen. Seine Schuld würde noch um den Anteil an den Vorkriegsschulden Oesterreichs und Ungarns und weiter durch andere Verpflichtungen wachsen. Der Schuldbestand sei heute nicht genau zu ermessen. Um so wichtiger sei die Deckung des Fehlbetrages durch neue Anleihen. Wenn alles durch Anleihen gedeckt würde, so würde der Staat bald so viel Schulden haben, wie Oesterreich vor dem Kriege.

Bauernaufstand in Padua.

Lugano, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Mailand sind Meldungen eingetroffen, nach denen in der Provinz Padua ein Bauernaufstand ausgebrochen ist. Die Bauern plündern die Güter der Großgrundbesitzer. Es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen Plünderern und Truppen, bei denen es auf beiden Seiten Opfer gab. Es ist noch nicht gelungen, die Ruhe wieder herzustellen.

Unruhen in Singapore.

WTB. Amsterdam, 25. Juni. (Drahtnachricht.) Nach einer Zentral-News-Meldung teilt das britische Kriegsamt mit, daß es in Singapore am 13. Juni zwischen den dortigen chinesischen Meuterern und Japanern zu Unruhen kam. Es wurde beträchtlicher Schaden angerichtet. Der Belagerungszustand wurde verhängt. Der Kreuzer Sidney hat Truppen gelandet, um die Ordnung wieder herzustellen. Am 21. Juni herrschte wieder Ruhe. Sieben Chinesen und ein Japaner wurden getötet. Mehrere Personen sind verletzt worden.

Deutsches Reich.

Die Ersatzkrankenkassen.

Berlin, 25. Juni. Die für Ersatzkassen bedeutsame Vorschrift des § 518 der Reichsversicherungsordnung, wonach die Pflichtkassen an die Ersatzkassen der dort bezeichneten Art die bei ihnen für die Mitglieder dieser Ersatzkasse nach § 517 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung eingehenden Beitragsteile der Arbeitgeber auf Anordnung des Bundesrats zu vier Fünfteln abzuführen haben, ist durch § 13 der Verordnung über Krankenversicherung vom 3. Februar 1919 beseitigt worden. Zugleich schrieb diese Verordnung vor, daß die auf Grund des § 518 erlassenen Anordnungen des Bundesrats mit dem 29. August 1919 ihre Wirkung verlieren. In Verfolg von Beschlüssen, die der Ausschuß der Nationalversammlung für soziale Angelegenheiten bei Besprechung dieser Verordnung gefaßt hat, hat die Reichsregierung der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach die Vorschriften des § 13 der Verordnung zugunsten der Ersatzkassen abgeändert werden sollen. Da die politische Lage es nicht gestattet, diesen Gesetzentwurf noch vor dem Ablaufe der Geltungsdauer der nach § 518 der Reichsversicherungsordnung erlassenen Anordnungen des Bundesrats, also vor dem 29. Juni 1919, zu verabschiedet, will die Reichsregierung nunmehr darauf hinwirken, daß die Vorschriften des Gesetzentwurfs im Wege der Verordnung auf Grund des Gesetzes über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft vom 17. April 1919 in Kraft gesetzt werden. Zu diesem Zweck hat sie dem Staatenausschuß eine entsprechende Vorlage zugehen lassen.

Die Flucht aus der Regierung.

Gumbinnen, 25. Juni. Regierungspräsident Graf Lambsdorff, der seinen Abschied zum 1. Oktober nachgesucht hatte, hat auf Grund der letzten politischen Ereignisse die Genehmigung seines Rücktrittes bereits zum 1. Juli nachgesucht.

Ausland.

Der Achtstundentag in der Schweiz.

WTB. Bern, 25. Juni. Schweizerische Depeschenagentur. Der Bundesrat genehmigte die Einführung der 48-Stundenwoche für das gesamte Verkehrspersonal auf den 1. August. Belgien wünscht von der Schweiz für die Kohlenlieferungen einen Vorschußkredit von 60 Millionen. Schweizerseits besteht Neigung, 25 bis 30 Millionen zu gewähren. Der Schweizer Bundesrat nahm einen Antrag für vermehrten Schutz der Immunität der Parlamentsmitglieder an.

Halle und Umgegend.

Halle den 26 Juni 1919.

Die Mörder des Oberstleutnants v. Klüber vor dem Schwurgericht.

Nach der Mittagspause wird in der Zeugenvernehmung fortgefahren. Zur Mutter der Straßmann kam mit dieser Bauer am Abend des 72. März. Die Tochter sagte: So was hab' ich noch nie gesehen! Warte, du Stromer, das hast du auf deinem Gewissen, du wirst's mit mir auch mal so machen. Bauer rühmte sich, daß er dem Offizier aus Weimar die Papiere weggenommen und den Revolver abgenommen habe, mit dem er selbst auf ihn gehauen habe, daß er runter, ins Wasser, gefallen sei. Als Bauer das sagte, freute er sich. Er hat auch gesagt, daß er mitgeholfen habe, den Mann ins Wasser zu werfen. Die Papiere habe er verbrannt. Auf die Verleitung der Mutter, das hätte er doch nicht tun sollen, erwiderte Bauer, der Mann hätte ja in Weimar bleiben können. Die Brieftasche hat Bauer bei der Mutter gelassen, die sie der Polizei übergab.

Bauer leugnet auch hier wieder, daß er mit der Mutter der Straßmann gesprochen habe. Er habe auch keine Papiere verbrannt. Die Zeugin zu Bauer: Nun lügen Sie mal nicht, sagen Sie die Wahrheit! Sie wirft Bauer überhaupt vor, daß er lüge und daß sie deshalb auch gegen die Heirat ihrer Tochter mit Bauer gewesen wäre. Auf die Frage eines Sachverständigen bemerkt die Zeugin, daß sie nie ein Zittern an Bauer gesehen habe, daß dieser die zwei Treppen zur Wohnung der Tochter hinauf und hinab lief wie ein ganz Gesunder, und er habe auch mit anderen Weibern getanzt. Die Tochter der Zeugin kannte er seit dem Juli v. J. Bauer hat mit von dem Erlöse des Hauses der Tochter gelebt, der verkauft worden ist, nachdem der Mann der Straßmann gefallen war. Bauer hatte den Frauen vorgeredet, daß er Stellung in Berlin bekäme.

Ein folgender Zeuge, erst 14½ Jahre alt, aber wie ein Zwanzigjähriger aussehend, hat genau gesehen, wie Fiedler den Oberstleutnant mit andern über das Geländer hob.

Ein Zeuge erkennt den Angeklagten Richter als denjenigen wieder, der mit schußbereitem Gewehr über die Brücke gelaufen ist und gesagt hat, der Schuß war gut, das war ein Kopfschuß. Ob Richter den Schuß selbst abgegeben hat, vermochte der Zeuge nicht zu sagen, nahm es aber an, weil Richter bei dem Ausrufe dem Zeugen ganz stolz ins Gesicht gesehen hat. Der Zeuge hat wenigstens einmal gesehen, daß Richter auch vorher schon von Neuwerk aus einen Schuß auf den im Wasser Schwimmenden abgegeben hat. Daß Fiedler bei dem Inswasserwerfen tätig mitgewirkt hat, vermag der Zeuge nicht zu behaupten, wohl aber, daß jener bei der Gruppe sich befunden habe.

Eine siebzehnjährige Zeugin, die frühere Verlobte des Bruders des Angeklagten Fiedler, hat gehört, wie gerufen wurde: „Schlagt den Hund tot, schmeißt ihn ins Wasser!" Unter den rufenden hat sie Fiedlers Stimme gehört. Ob er sich an der Tat selbst beteiligte, will diese Zeugin nicht gesehen haben.

Ein 15jähriger Zeuge, der Bruder der vorigen, befand sich mit seiner Schwester auf dem Schauplatze, behauptete aber, daß Fiedler sich nicht am Hineinwerfen des Offiziers beteiligt habe, denn er sei schon vorher zu ihnen getreten und habe sich mit dem Geschwisterpaar unterhalten. Trotz der wiederholten bestimmten Aussage der Schwester und trotz eindringlicher Mahnung des Vorsitzenden zur unbedingten Wahrheit bleibt der junge Mensch bei der Angabe, Fiedler wäre schon vor der Tat zu ihnen gekommen.

Ein Zeuge, der vor zwei Monaten in Untersuchungshaft wegen Plünderns saß, hatte in der Freistunde eine kurze Unterredung mit Bauer. Dieser sagte ihm, er solle zur Frau Meinhardt, der Mutter seiner Braut, der Frau Straßmann, gehen und für ihr Lebensmittel holen. Wenn sie das nicht täte, würde er sie zur Anzeige bringen, weil er die Frau Straßmann von oben bis unten mit Pfundgut eingekleidet habe. Ferner habe Bauer mitgeteilt, daß er wegen Beihilfe zum Morde des Oberstleutnants Klüber in Untersuchungshaft sitze. Auf die Frage des Zeugen: weshalb? hat Bauer gesagt: Ich habe ihn mit ins Wasser gekantet.

Die Verhandlung wird auf Donnerstag vertagt.

Heute abend 8 Uhr spricht in der Saalschloßbrauerei Herr Abgeordneter Carl Delius über „Die deutsche Nationalversammlung und die Friedensbedingungen". Mit berechtigter Spannung werden alle Männer und Frauen Aufklärung über die Vorgänge wünschen, die sich in den Schicksalstagen Deutschlands in Weimar abgespielt haben. Diesem Zweck soll die Versammlung in erster Linie dienen und sie wird deshalb auch das lebhafte Interesse aller Stände erwecken. Die Versammlung ist öffentlich. Ein pünktliches Erscheinen ist dringend geboten.

Alle Angehörigen von Kriegsgefangenen aus Halle und dem Saalkreise werden vom Volksbunde zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen zur Berichterstattung über die Erfolge des Volksbundes und über die Vorbereitungen für den Empfang und die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen zur Beschlußfassung über Eingaben an den Magistrat und die Stadtverordneten von Halle sowie an das Landratsamt und den Kreisausschuß des Saalkreises eingeladen. Für die Angehörigen aus Halle findet eine Versammlung am Freitag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, im St. Nikolaus, für die Angehörigen aus dem Saalkreise am Sonntag, den 29. Juni, vormittags 11 Uhr, im St. Nikolaus, hier, statt.

„Beauftragte für Gnadensachen." Besondere Beauftragte für Gnadensachen werden vom Justizminister in jedem Landesgerichtsbezirke auf die Dauer eines Geschäftsjahres bestimmt. Die Beauftragte, einer oder mehrere Richter, treten an Stelle der Ersten Staatsanwälte und sind befugt, die Strafvollstreckung bis zur Entscheidung über ein Gnadengesuch auszusetzen. Für die neue Stellung sind Richter von besonderer Lebenserfahrung und ausgeprägtem sozialem Empfinden vorzuschlagen.

Vorsicht vor dem falschen Kriminalkommissar. In den letzten Tagen ist hier ein Mann aufgetreten, der sich fälschlich als Kriminalkommissar ausgab und als Ausweis eine Photographie vorzeigte. Er hat die Wohnungen nach angeblich gestohlenem Gut und in einem Falle nach gefälschten Hypothekenbriefen durchsucht und in mehreren Fällen größere Geldsummen an sich genommen, darunter waren russische und rumänische Banknoten. Der Täter ist etwa 25—30 Jahre alt, 1,65—1,68 Meter groß, dunkelblond, trägt Ohrenbart (sogen. Koteletts), grauen Anzug und grauen Hut mit schwarzem Band. Angaben, die zur Ermittelung des Täters führen, wolle man umgehend der Kriminalpolizei (Zimmer 38 oder 73) mitteilen.

Provinzial-Nachrichten.

Naumburg, 25. Juni. (Mit den Besoldungsverhältnissen) am hiesigen Domgymnasium steht es noch immer schlecht. Die Herren haben im Jahre 1919, im Gegensatz zu anderen Beamten, nur eine Teuerungszulage erhalten. Auch die laufenden Teuerungszulagen fallen für sie fort.

§ **Halberstadt**, 24. Juni. (22 500 Mark) hatte der 23jährige Kaufmann Franz Bungers in Oschersleben zur Maifeier durchgebracht. Er hatte auf eine Anzeige im „Berl. Tgbl." mehrere Bestellungen auf Lieferung von Obst und Gemüse erhalten, aber kein Gemüse geliefert, sondern nur einen Duplikatfrachtbrief ausgestellt, den er von einem Eisenbahnarbeiter mit dem gestohlenen Stempel der Güterabfertigung versehen ließ. Sein Schwager präsentierte die Frachtbriefe in Berlin, hatte aber nur bei dem Wirtschaftsausschuß der Reichsstelle für Obst und Gemüse Glück, der 22 500 Mk. anstandslos auszahlte. Nachdem er von dem Gelde 2500 Mark dem Bahnarbeiter abgegeben hatte, brachte Bungers die Summe in zwei Tagen zur Maifeier in Oschersleben und Magdeburg durch. Jetzt wurde er für diesen Betrug von der hiesigen Strafkammer I zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Weimar, 24. Juni. (Verhaftung der Weimarer Rädelsführer.) Dem Gefreiten Frisiar vom Auflösungskommando der früheren Ersatzformation in Weimar ist es in verflossener Nacht zum Sonnabend gelungen, den angeblichen Feldwebel Schwätz, den Haupträdelsführer beim Gefangenenaufruhr in der Mittwochnacht, in der Erfurter Straße festzunehmen. Er wurde einer vorbeiziehenden Patrouille übergeben und von dieser nach dem Militärgefängnis zum früheren Landgericht zurückgebracht. Auch andere am Ausbruch beteiligte Personen wurden im Laufe des Tages eingebracht. Dem Posten, der das Eindringen der Ausbrecher in das Schloß verhinderte, wurde eine namhafte Belohnung von seiten der Regierungsvertreter wie auch seiner militärischen Vorgesetzten eingehändigt.

Gotha, 24. Juni. (Hamstern von Amts wegen.) Das Lebensmittelamt entsandte zwei Vertreter in das linksrheinische Gebiet zum Aufkauf von Schmalz.

v **Gotha**, 24. Juni. (Die „geistige" Waffe.) Am Freitag vormittag erschien in der Redaktion des „Gothaischen Tageblattes" der Vorsitzende des „unabhängigen" Gewerkschaftskartells zusammen mit zwei anderen Mitgliedern und erklärten, von 6000 organisierten Arbeitern beauftragt zu sein, dem Hauptschriftleiter des „Gothaischen Tageblattes" nahezulegen, eine andere als die bisher im „Goth. Tagebl." geübte Schreibweise zu pflegen, da diese in der Arbeiterschaft Erregung hervorrufe und verbrennt sei. Nachdem diese Aufforderung von der Schriftleitung des „Goth. Tgbl." als unberechtigt zurückgewiesen worden war, erklärte einer der Abgesandten, wenn das „Goth. Tagebl." nicht eine andere Schreibweise beginne und alles Verhetzende unterlasse, würde der Hauptschriftleiter die Folgen am eigenen Leibe verspüren und außerdem könnten sie die Arbeiter, die vor dem Geschäftshause des Tageblattes demonstrieren und mittels Handgranaten die Maschinen zerstören wollten nicht länger daran hindern. Dieser Vorgang veranlaßte den Verlag und die Redaktion, bei den Volksbeauftragten Schauder und Grahow gegen diese Bedrohung schärfsten Protest einzulegen. Die beiden Volksbeauftragten erklärten, daß sie mit diesem Vorgehen der Abordnung des Gewerkschaftskartells nicht einverstanden seien und diesen Schritt scharf verurteilen. Begreiflicherweise nun nicht durch nahe Gewalt zu unterdrücken, sondern müssten durch geistige Waffen ausgekämpft werden. Soweit sei es doch nicht, daß man den politischen Gegner zum Schweigen bringe, indem man tatsächlich. Die beiden Volksbeauftragten teilten nach weiteren Schritte in Aussicht. Verlag und Redaktion des „Goth. Tagebl." erheben auch in der Oeffentlichkeit schärfsten Protest gegen die Bedrohungen, die letzten Endes auf eine Vergewaltigung der Pressefreiheit hinauslaufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190626017/fragment/page=0003

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Fußballsport.

Städtewettkampf Halle—Leipzig.

Anläßlich des Sportfestes des Ausschusses für Leibesübungen am 6. Juli findet auch ein Städtespiel Halle—Leipzig statt. Hierzu ist vom Spielausschuß des Saalegaues in seiner letzten Sitzung folgende Mannschaft aufgestellt worden: Tor: Tannenberg (Halle 96); Verteidiger: Speyer (Halle 96), Wolter (Borussia); Läufer: Klemmt (Sportverein v. 98), Meißner (Borussia), Böhme (Sportfreunde); Stürmer: Kärste (Halle 96), Rackwitz (Wacker), Dewitz (Sportfreunde), Vorkauf (Favorit), Gähelein (Sportverein v. 98). Ob dies die tatsächlich beste Mannschaft ist, möchten wir stark bezweifeln. Wohl besteht die Elf aus ausgesuchten Spielern der Vereine, jedoch ist noch längst nicht gesagt, daß die Leute, welche in ihren Vereinsmannschaften recht gutes leisten, auch in einer solchen Mannschaft befriedigen werden. hoffentlich belehrt uns das Spiel am 6. Juli eines anderen.

Zu dem Spiel 1910 I — Weißenfels Sportklub I 1:4 (1:1) wird uns geschrieben: Weißenfels hatte seine volle Elf, verstärkt durch unbekannte Leipziger Spieler, zur Stelle, während 1910 mit Ersatz für Weidner und Prinz spielte. Kurz nach Beginn gelingt es Weißenfels, einmal einzusenden und 1910 erzielt vor halbzeit durch Stone den Ausgleich. Gegen Schluß werden einige 1910er verletzt und kann dadurch Sportklub noch 3mal einsenden. 1910 II — Sportklub II 3:0.

Pferdesport.

Die Pferderennen in Hamburg vorläufig abgesagt!

Eigene Drahtmeldung der Saale-Zeitung.

Infolge des über Hamburg verhängten Belagerungszustandes mußte das für gestern angesetzte Rennen in Hamburg-Horn abgesagt werden. Wie uns weiter gemeldet wird, sind auch die zwei nächsten Renntage, der 27. und 29. Juni (das Derby-Derby), abgesagt worden, da nicht zu erwarten ist, daß bis dahin der Belagerungszustand wieder aufgehoben wird. Die neuen Termine für diese ausgefallenen Rennen sind wie folgt neu angesetzt: Das Rennen vom 25. Juni wird am 2. Juli gelaufen, das vom 27. Juni am 4. Juli, während als Termin für das Deutsche Derby der 6. Juli in Aussicht genommen ist.

Wie uns weiter mitgeteilt wird, ist auch der vierte Leipziger Renntag, der am kommenden Sonntag in Pleißeathen stattfinden soll, stark in Frage gestellt. Durch den Ausbruch des Eisenbahnstreikes in Berlin ist es den Berliner Ställen unmöglich, ihre Pferde nach Leipzig zu bringen. Auch für den Fall, daß der Streik bald beigelegt werden sollte, ist kaum mit einem Stattfinden des Rennens zu rechnen, da die Zeit zur Beförderung der Pferde dann zu kurz sein würde.

Verschiedenes.

Die Sportabteilung des Kaufmännischen Turn-Vereins E. V. bittet die Mitglieder regelmäßig am Mittwoch und Sonnabends zu den Uebungsstunden zu erscheinen. Am Mittwoch Aufstellung der Teilnehmer an dem Sportfest in Halle am 6. Juli.

Hallischer Ausschuß für Leibesübungen. Sämtliche namhafter hallischer Firmen sind für das Turn- und Sportfest des Hallischen Ausschusses für Leibesübungen am 6. Juli d. Js. wertvolle Ehrenpreise gestiftet worden.

Literarisches.

Die Inselbücherei hat, wie uns mitgeteilt wird, nunmehr den Absatz von 5 000 000 Exemplaren erreicht. Diese stattliche Zahl, die in einem Zeitraum von sieben Jahren zustande gekommen ist, beweist aufs neue die wachsende Verbreitung der seitenden Idee dieser Sammlung, in der das Bleibende aus allen Literaturen wie in einer Schatzkammer vereinigt ist. Man wird die Inselbücherei als einen Marksteln in der Geschichte des deutschen Buches bezeichnen dürfen.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 63. Fernruf 4520.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Der Schutzverband für deutschen Grundbesitz (E. V.)

hatte nach Berlin eine Versammlung einberufen, um Stellung zu nehmen zu den verschiedenen behördlichen Maßnahmen, die das Privateigentum am Grundbesitz zu beseitigen drohen. Der Einladung waren trotz der großen Reiseschwierigkeiten Delegierte sämtlicher Organisationen des Schutzverbandes aus allen Teilen des Reiches in großer Zahl gefolgt. Von Behörden waren vertreten das Reichsarbeitsamt, das Ministerium des Innern, die Magistrate von Schöneberg und Wilmersdorf. Das Referat hatte Präsident von den Hoevar übernommen, der seinem Vortrage das Thema

„Die Bodenverstaatlichung"

zugrunde gelegt hatte. Er wies darauf hin, daß das Privateigentum an Grund und Boden in Stadt und Land jetzt ernstlich bedroht ist. Es sei nur, so führte Redner aus, an die Maßnahmen von Einzelstaaten gegen die Standesherrschaften erinnert, Maßnahmen, die nur den ersten Schritt auf dem Wege darstellen, der allmählich zur Aufhebung des Privateigentums am ländlichen Boden überhaupt führen muß. Erinnert sei weiter an den Vorschlag des „Sozialistischen Wirtschaftsplanes für Sachsen", der die Enteignung des städtischen, ländlichen und Waldbodens fordert. Weiter sei hingewiesen auf den von bodenreformerischer Seite aufgestellten Gesetzentwurf zur Sozialisierung der Grundrente, der in Wirklichkeit auf die Enteignung des Bodeneigentums ohne Entschädigung hinausläuft und den beispielsweise in Hamburg und Bremen die sozialdemokratischen Fraktionen zum Gegenstand bestimmter Anträge gemacht haben. Erinnert sei auch an den Entwurf der allgemeinen Bauordnung für Preußen, der eine ernstliche Gefährdung des Andenkenen und damit auch des bebauten Besitzes in der Nähe der Städte in sich schließt. Da die Aufhebung des privaten Bodeneigentums nur der erste Schritt zu einer umfassenden Einschränkung oder Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln überhaupt sein würde, erscheine es dringend geboten, der Außenwelt deutlich zu zeigen, daß alle Kreise des Grundbesitzes in Stadt und Land nach wie vor fest zur Verteidigung des privaten Bodeneigentums zusammenstehen. Nachdem noch verschiedene andere Redner sich zu der Sozialisierung des Grundbesitzes und der Grundrente geäußert hatten, wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die aus allen Teilen Deutschlands zahlreich beschickte Delegiertenversammlung des Schutzverbandes für deutschen Grundbesitz, in dem über 500 000 Vertreter des lebhaften städtischen und ländlichen Grundbesitzes zusammengeschlossen sind, erhebt den entschiedensten Einspruch gegen alle Versuche, den Boden entweder unmittelbar oder auf dem Wege der Unterhöhlung durch übertriebene Besteuerung oder Vernichtung wertvoller Eigenschaften und Zubehöre in die öffentliche Hand überzuführen. Solche Versuche bedrohen aufs schwerste die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. Unsere Nahrungsmittel- und Wohnungsversorgung erfordert heute mehr denn je den Fortbestand des Privateigentums an Boden. Nur auf der Grundlage des Privateigentums kann nach allen Erfahrungen das Höchstmaß von Leistungen erzielt werden, das auf allen Gebieten der Bodenbewirtschaftung unentbehrlich ist und trotz der entgegenstehenden großen Schwierigkeiten jetzt als möglich erzeugt werden muß, wenn nicht der Mangel an Nahrungsmitteln und Wohnungen zu einer Katastrophe führen soll. Die Aufhebung oder Unterhöhlung des Privateigentums an Boden ermöglicht weder eine bessere noch eine billigere Bedarfsversorgung. Sie ruft vielmehr Stockungen, Erschwerungen und Erschütterungen hervor, die ernstlich die Beschaffung und Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Wohngelegenheiten beeinträchtigen. Das kann von der deutschen Volkswirtschaft jetzt weniger denn je vertragen werden. Die Ausschaltung des Privateigentums an Boden stellt die Bodenverwertung in den Widerstreit zwischen gemeinnütziger Benutzung und fiskalischer Ausnutzung und belastet die öffentlichen Organe mit einem Uebermaß von Arbeit und Verantwortlichkeit und einem fast unübersehbaren Risiko. Die rechtliche oder tatsächliche Aufhebung des privaten Bodeneigentums bedeutet in jeder Beziehung eine nicht wieder gut zu machende Verschlechterung der ganzen Lebenshaltung des deutschen Volkes."

Von der Kohleveredlung.

Im Geschäftsbericht der Gesellschaft für Teerverwertung m. b. H., Duisburg-Meiderich, für 1918 wird u. a. ausgeführt: „Während der ersten neun Monate hat das sehr lebhafte Geschäft demjenigen der vorausgegangenen drei Jahre entsprochen. Im letzten Vierteljahr trat mit erheblichem Rückgange der Beleschaft starke Verringerung unserer Erzeugung ein, verbunden mit vorübergehenden Absatzschwierigkeiten, die dadurch entstanden, daß eine große Zahl unserer Massenerzeugnisse von der Beschlagnahme plötzlich befreit wurde und im nunmehr freien Handel nicht sogleich wieder untergebracht werden konnte. Der Rohteer-Absatz konnten wir dank der rechtzeitigen Vermehrung unseres Kesselwagenparks Herr werden. Oel, Teerfettöl und Starrschmieren wurden in den ersten neun Monaten im vollen Umfange ihres Anfalls verkauft. Dagegen mußten größere Mengen in Rauch isolierte Arbeiter- und Wagenmangels auf Lager genommen werden. Im letzten Vierteljahre traten Schwierigkeiten im Absatz auch der erstgenannten Ersatzmisse ein. Für Anthrazen war dauernd voller Absatz vorhanden. Trotz des großen Bedarfs gingen nicht unbedeutende Mengen von Naphthalin auf Lager, da es nicht gelang, rechtzeitig die Freigabe zu erreichen. Benzol, Toluol und Lösungsbenzol konnten wir wieder im vollen Umfange unserer Erzeugung abliefern, obwohl die starke Nachfrage für uns nicht mit entsprechend günstigen Preisen verbunden war. Die Elektroden-Fabrik in Meiderich war in den ersten zehn Monaten voll beschäftigt, später aber infolge Brennstoffmangels nur teilweise. Unser Hafen am Rhein-Herne-Kanal leistete uns sehr große Dienste bei unserer Versorgung mit Kohlen und bei der Verladung von Oel, Pech, Naphthalin, für deren Abfuhr die Bahn die nötigen Wagen nicht zu stellen vermochte."

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 25. Juni. Die Börse war anfangs nachteilig beeinflußt durch die Unruhen in Hamburg, sowie den Eisenbahnerstreik in Schlesien und hier. Auch die Verschlechterung der Markvaluta im Auslande verstimmte. Die Wirkung auf die Kursbewegung war jedoch wenig erheblich, und nur vereinzelt überschritten die Rückgänge in den besonders gestiegenen Werten 2 Prozent. Kolonialwerte waren fast ohne Umsatz. Ausländische Aktien, wie auch ausländische Kupons waren im Zusammenhange mit der Valutabewegung gedrückt. Von Anilinwerten stellte sich Akt.-Ges. für Anilin etwa 3 Prozent niedriger, während Höchster Farbwerke 9 Prozent gewannen. Im späteren Verkehre befestigte sich die Haltung im allgemeinen. Gesenkrichen erholte sich noch etwas über den gestrigen Schlußkurs. Kattowitzer lagen von Anfang an fest und waren etwa 3% Prozent höher. Deutsche Anleihen gaben etwas nach. Kriegsanleihe notierte zirka 75%. Oesterreichische und ungarische Renten waren geschäftslos.

Devisenkurse.

Berlin, 25 Juni.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—	—	—	—
Holland	100 fl.	535.00	535.50	545.00	545.50
Dänemark	100 Kr	321.00	321.50	326.00	326.50
Schweden	100 Kr	349.00	349.50	354.00	354.50
Norwegen	100 Kr.	340.00	340.50	345.00	345.50
Schweiz	100 Fr.	250.00	250.25	265.00	265.25
Oesterreich	100 K.	56.43	56.65	46.95	47.05
Ungarn		—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	100 Leva	—.—	—.—	—.—	—.—

Konstantinopel Geld —.— Brief —.—
für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 278.00 Brief 279.00
für 100 Peseten

Helsingfors 104.75 105.25 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 25. Juni. Der Produktenverkehr ließ keine besondere Lebhaftigkeit erkennen. Für Lupinen lagen aus dem Innern des Landes Meldungen über etwas zunehmende Nachfrage vor. Hier zeigte sich aber für diesen Artikel wenig Interesse. Gleichwohl konnten sich die Preise behaupten. Dasselbe ist von Serradella zu sagen. Da das regnerische Wetter die Heuernte stört, hielt sich das Angebot außerordentlich zurück, und die hiesige Kaufkraft konnte nicht befriedigt werden. Für Stroh besteht offenbar nur noch wenig Bedarf. Es wurde davon bei ziemlich bedeutendem Angebot nur wenig umgesetzt.

Die deutschen Goldsendungen nach der Schweiz. Die schweizerische Depeschenagentur meldet: Von den seinerzeit durch die Alliierten zurückbehaltenen 18 Millionen Frank in Gold aus Deutschland ist die Auszahlung von 14 Millionen per einiger Zeit bewilligt worden. Sie sind bereits in der Schweiz. — Diese Mitteilung bedarf, wie der Berner „Bund" hinzufügt, der Präzisierung, indem man daraus schließen könnte, es handle sich um die von der Schweiz für die Ermöglichung des Exports nach und durch Deutschland an das Deutsche Reich gewährten schweizerischen Industriekredite, deren Rückzahlung, trotz der Vorstellungen schweizerischerseits, von der Entente bisher verhindert wurde. Tatsächlich handelt es sich um die Rückzahlung von 14 Millionen der vor der Schweiz verschuldete geleisteten Zahlungen für die humanitären Zwecke der Internierung und der Arbeiten des Roten Kreuzes. Die Entente hat diese Rückzahlung Deutschland gestattet.

Währungszuschläge im Eisenbahnverkehr. Der Währungszuschlag im Verkehr mit der Schweiz, den nordischen Ländern und den Niederlanden ist mit Gültigkeit vom 16. Juni 1919 an in allen beteiligten Verkehren von 220 auf 240 v. H. erhöht.

Preiserhöhung für Anilinfarben. Die in der Interessengemeinschaft vereinigten Gesellschaften der chemischen Großindustrie haben eine gemeinsame Preiserhöhung für Anilinfarben vorgenommen.

Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Mörs in Kuxerdeck. Dem Geschäftsbericht für 1918 zufolge blieb die Kohlenförderung gegenüber der des Vorjahres um 5,72 Prozent, die Brikettherstellung um 1,36 Prozent zurück. Es betrug die Kohlenförderung 238 611 To. gegen 253 078 To. in 1917 und 249 283 To. in 1916, und die Brikettherstellung 164 320 To. gegen 166 575 To. in 1917 und 155 890 To. in 1916. Bei einer Durchschnittsbelegschaft von 714 Mann (1917 679, 1916 633) wurde eine Durchschnittsleistung von 1,066 To. (1,164 bezw. 1,233 To.) je Mann und Schicht erzielt, sie verminderte sich im Dezember 1918 auf 0,797 To. je Mann und Schicht. Die Löhne bewegten sich weiterhin in aufsteigender Richtung. Der Durchschnittslohn aller Zechenarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt 10,33 (8,12 bezw. 6,04) Mk. und erhöhte sich bis Ende April 1919 auf 14,27 Mk. je Mann und Schicht. Der Jahresdurchschnittslohn stellte sich im Jahresdurchschnitt auf 12,68 (10,33 bezw. 7,72) Mk. und erreichte im April 1919 17,60 Mk. Die Aufwendungen für öffentliche Lasten und Wohlfahrtszwecke stiegen auf 615 116,09 Mk. gleich 77,66 Pfg. (63,60 Pfg.) der verteilten Ausbeute oder 807,24 (741,84) Mk. je Belegschaftsmitglied. Die Herstellung der Ringofenziegelei betrug im Berichtsjahre einschließlich 719 700 Stück Bestand aus dem Vorjahre 5 173 400 Stück Steine. Der Ziegelabsatz, welcher durch die am 15. 1. 1918 erlassene Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von gebrannten und anderen künstlichen Mauersteinen usw. stark behindert wurde, stellt sich auf 3 690 400 Stück, so daß am Schlusse des Geschäftsjahres ein Stapelbestand von 1 483 000 Stück verblieb. Die Steinbrüche wurden nur insoweit betrieben, als der Bedarf an Bergeversatz und Ziegeleimaterial dies erforderte. Den auf dem Gewerkschaftsgelände angesiedelten gewerblichen und industriellen Betrieben lieferte die Gewerkschaft 146 293 (126 543) Kilwstdn. elektrische Energie. Für 1918 beträgt der Ueberschuß einschließlich Vortrag aus 1917 913 863 (1. R. 1 186 820) Mk. nach Kürzung der Abschreibungen von 314 573 (299 998) Mk. verbleibt ein Reingewinn von 599 290 (885 822) Mk. Gemäß Grubenvorstandsbeschluß sind als Ausbeute verteilt wieder 792 000 Mark. Der Fehlbetrag von 192 716 Mk. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die in der zweiten Jahreshälfte eingetretenen wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen führten in den Monaten November und Dezember zu erheblichen Betriebsverlusten, die das bis dahin dem Vorjahre nicht nachstehende Gesamtergebnis stark beeinträchtigten.

Ludw. Loewe u. Co. A.-G. in Berlin. Nach dem Jahresbericht haben 1918 die Umsätze eine erhebliche Verminderung erfahren. Von Beginn an fehlten die unmittelbaren Heeresaufträge, und die Ablieferung von Werkzeugmaschinen erlitt durch das starke Nachlassen der Arbeitsleistung seit Anfang November einen erheblichen Rückgang. Trotzdem sich eine Reihe von Aufträgen zu Rückgängig gemacht wurde, ist der Betrieb ohne wesentliche Entlassungen fortgeführt und für die Auffüllung der Bestände in Friedensfabriken gearbeitet worden. Die Neubauten sind Ende des Vorjahres und bei Beginn dieses Jahres in teilweisen Betrieb gekommen. Es ist dort die Herstellung von Normalien und von Fräsmaschinen in gesonderten Abteilungen aufgenommen. Mit der inneren Einrichtung der neuen Fabriken wurde aufgehört; diese Räume sollen erst, wenn Beschäftigung und Auftragseingänge wieder besser sind, ausgebaut werden. Alle Betriebs- und Fabrikationseinrichtungen sind wieder auf eine Mark abgeschrieben. Die Lagerbestände werden nach Ansicht der Verwaltung schwer verkäuflich sein. Durch den Aufhören der Kriegsfabrikation sind große Bestände an Werkzeugmaschinen in der gesamten Industrie frei geworden und erschweren die Verkaufsmöglichkeit. Ob ein Export nach Friedensschluß möglich ist, werde von der Bewertung der Mark und der Aufhebung aller hinderlichen Maßnahmen abhängen. Die Abrechnung ergibt einen Ueberschuß von 6,71 (1. R. 8,11) Mill. Mk. Unkosten erforderten 1,93 (1,53) Mill. Mk. und Abschreibungen 1,77 (1,64) Mill. Mk. Hiernach und nach Deckung der Zinsen verbleibt ein Reingewinn von 2 584 103 (4 465 268) Mk. zu folgender Verwendung: 20 Proz. (32) Dividende, Aufsichtsrat 102 128 (178 723) Mk., Talonsteuer 120 695 (13 497) Mk., Stiftungen 100 000 (800 000) Mk. und Vortrag 261 880 (293 067) Mk. Nach der Bilanz sind die Gesamtverbindlichkeiten einschl. Kriegsgewinnsteuer und Anzahlungen von 21,29 auf 16,88 Mill. Mk. zurückgegangen. Effekten, Beteiligungen verminderten sich von 22,74 auf 20,17 Mill. Mk., Bankguthaben von 5,34 auf 2,92 Mill. Mk. und sonstige Debitoren von 5,9 auf 2,79 Mill. Mk.

Vereinigte Jacoby Rothe & Siemens-Werke Aktiengesellschaft. Die Gesellschaft verteilt wieder 6 Proz. Dividende für die Vorzugs- und 6 Proz. (12) für die Stammaktien.

Sämtliche Pfalzweine sind nach einer Meldung aus Mannheim ohne Einschränkung zur Ausfuhr nach dem rechten Rheinufer von der Besatzungsbehörde freigegeben worden.

Berliner Börse

vom 25. Juni 1919.
(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:		Döring & Lehrmann	99,75
		Dürkoppwerke	265,00
Halberst.-Blankenb.	82,25	Elbertelder Faber.	247,50
Halle-Heitstedter	71,00	Felten & Guilleaume	261,75
Schantungbahn	125,64	Gasmotoren Deutz	160,75
Allg. Lokal-Str.	135,00	Gebhard & Co.	223,00
Gr. Berl. Str.	124,12	Gebbard & König	81,75
Magdeburger Str.-B.	—	Gelsenkirchen Berg	174,84
Prinz-Heinrich-B.	262,00	Gleuziger-Zuckerfbk.	257,00
Orientbahn	223,50	Hallesche Maschfbk.	308,00
Schiffahrts-Aktien:		Hann. Masch.	312,00
		Harpener Berg	157,84
Hambg. Paketfahrt	96,64	Hasper Eisen	142,00
Hambg. Südamerika	147,50	Hirsch Kupfer	209,84
Hansa-Dampfschiff.	196,00	Höchster Farbw.	285,00
Nordd. Lloyd	94,50	Hoesch Eisen u. Stahl	213,00
		Hohenlohe-Werke	100,00
Bank-Aktien:		Humboldt Masch.	128,84
		Ilse Bergbau	235,00
Bank f. Thür.	—	Kahla Porzellan	290,00
Berl. Handelsges.	139,50	Kaliw. Aschersleben	162,00
Commerz-Diskontobank	115,50	Körbisd. Zucker-Akt.	—
		Kyffhäuserhütte	125,00
Darmstädter Bank	106,00	Lahmeyer & Co.	111,00
Dessauische Landesbank	—	Lauchhammer	154,00
		Laurahütte	147,00
Deutsche Bank	184,50	Linke & Hofmann	274,00
Diskonto-Comm.	147,50	Ludwig Loewe & Co.	229,75
Dresdner Bank	125,12	Lothringer Hütte	150,00
Leipzig Credit-Anst.	128,50	Mannesmannröhren	170,50
Mitteld. Kreditbank	110,28	Oberschl. Eisenb.-Bd.	111,50
Mitteld. Privatbank	106,75	do. Cero Hag.	126,50
Nationalbank	—	do. Kokswerke	176,00
Oesterr. Kredit	—	Orenstein & Koppel	169,50
Reichsbank	146,25	Phönix Berg	179,75
		Rhein. Metall-Vorz.	156,00
Industrie-Aktien:		Rhein Stahlwerken	140,00
		Riebeck. Montan	178,00
Schultheiss-Brauerei	242,50	Rombacher Hütten	145,75
Akt. f. Anilin	228,00	Rositzer Braunk.	104,00
Allgem. Elektr. Ges.	174,00	Rositzer Zucker	138,00
Ammendorfer Papierfbk.	—	Sangerhäuser Masch.	222,00
		Hugo Schneider A.-G.	176,00
Anhalter Kohlenw.	159,00	Schuckert & Co.	122,00
Annaberger Steingut	173,00	Siemens & Halske	161,50
Badische Anilin	220,00	Stettiner Vulkan	152,00
Bergmann Elek. Akt.	140,75	Stollberger Zinkh	104,50
Berl. Mesch.-Bau	193,75	Strals. Spielkarten	250,00
Bismarckhütte	180,00	Thale-Eisenhütte	229,50
Bochumer Gußstahl	176,00	Triptis Porzellan	189,50
Chem.-Fabr. Buckau	105,00	Türk. Tabakregie	—
Chem. Grünau	198,00	Ver. Köln-Rottweiler	179,75
Chem. Heyden	194,75	Ver Glanzstoff	444,00
Consolidation Schalk	210,00	Wegelin & Hübner	—
Gröllwitzer Papierfbk	248,00	Werschen-Weißenfelser Braunk.	211,00
Daimler Motoren	189,50	Westeregeln Alkali	202,50
Deutsche Luxemburg	149,50	Wittener Gußstahl	170,50
Deutsche Ueberseeische Elektr.	206,00	Wrede Mälzerei	118,25
Deutsche Erdöl	280,00	Zschau-Kriebitzsch	—
Deutsche Gasglühl.	315,00	Braunk.	—
Deutsche Kali	168,84	Zeitzer Mesch.	267,25
Deutsche Waffen u. Mun.	220,00	Zeitzer Walzhof	180,00
Donnersmarkhütte	178,00	Olavi-Minen	116,00

L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse (Stadt Hamburg)
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Heims; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Steinmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Nielsen; Beilagen, Unterhaltungsteil, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190626017/fragment/page=0004